

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Verlagspreis: 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Festdruckspreis: Frankfurt a. M. Nr. 7495.

Wöchentlich

6 Ausgaben.



Gericht:

Tagblattausgabe Nr. 6850-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Festdruckspreis: Frankfurt a. M. Nr. 7495.

Verlagspreis: Im Verlag abgeholt: 600 Millionen M., in den Ausgaben: 600 Millionen M., durch die Träger ins Haus gebracht: 700 Millionen M., vom 28. Nov. bis 1. Dezbr. — Bezugsbedingungen: Der Verlag, die Ausgaben, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Ortliche Anzeigen 200 Millionen M., Fern-Anzeigen 250 Millionen M., Luftschiff-Anzeigen 300 Millionen M., auswärtige Anzeigen 300 Millionen M., Anzeigen 600 Millionen M., auswärtige Anzeigen 600 Millionen M. für die einseitige Kolonnenzeile. — Alle Zeitungspreise sind freibleibend; Erhöhungen mit sofortiger Wirkung auch bei allen laufenden Aufträgen, ohne besondere Mitteilung. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme: 10 Uhr vormittags.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Landauerstraße 35, Fernsprecher: Rheingau 2186.

Nr. 267.

Dienstag, 27. November 1923.

71. Jahrgang.

Der Nachfolger.

Bei deutschen Kabinettskrisen wiederholt sich immer wieder das selbe Schauspiel. Das alte Kabinett tritt zurück oder wird gestürzt und sofort nach diesem mehr oder minder unvermeidlichen Ereignis tritt eine große Verwirrung ein. Die Parteien, welche mit dem Sturz des Kabinetts ihre Unzufriedenheit mit dem bisherigen Kurs feierlich zur Geltung gebracht haben, sind entweder nicht bereit, die Verantwortung für eine Neubildung zu übernehmen, oder sie sind dazu nicht in der Lage, weil sie keine Mehrheit zur Verfügung haben. Auf der anderen Seite erwartet die öffentliche Meinung, daß aus jeder Kabinettskrise und aus jedem Kanzlersturz das neue Kabinett und der neue Kanzler sofort als fertige Schöpfung hervortritt, wie einst Athen aus dem Haupt des Zeus gewappnet emporstieg. Das Resultat ist eine landläufige Klage darüber, daß der deutsche Parlamentarismus nicht funktioniere und daß — so folgert insbesondere die Rechte — Deutschland überhaupt nicht für das parlamentarische Regime gemacht sei.

An all diesem ist nur das eine richtig, daß die Parteiverhältnisse im jetzigen Reichstag eine konsequente Durchführung des parlamentarischen Systems ungemein erschweren. Das grundliegende Übel liegt darin, daß die Parteien der Mitte, Volkspartei, Zentrum und Demokraten, ohne deren Mitwirkung weder ein Rechts- noch ein Linkskabinett gebildet werden kann, in sich selbst gespalten sind und bei jeder prinzipiellen Entscheidung schwanken, ob sie den Kurs ihrer Politik nach rechts oder nach links drehen sollen. Die konsequente Lösung der jetzigen Regierungskrise wäre gewesen, daß entweder die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten die Führung im neuen Kabinett übernehmen. Denn einer Vereinigung dieser beiden Parteien in der Vertrauensfrage, die Stresemann stellte, ist der Sturz des Kabinetts zuzuschreiben. Der Reichspräsident Ebert hat auch versucht diesen konsequenten Weg zu gehen, indem er zunächst die sozialdemokratischen und deutschnationalen Fraktionsführer zu sich berief. Sofort aber stellte sich heraus, daß keine bereit war, die Führung zu übernehmen.

Aus dieser Unklarheit ergab sich der Versuch, den Volksparteiler v. Kardorff mit der Neubildung zu betrauen, einen Mann, der ursprünglich der deutschnationalen bzw. der konservativen Partei angehörte, die er während des Krieges wegen ihrer harten Haltung in der preussischen Wahlrechtsfrage verließ, um zu den damaligen Nationalliberalen überzugehen. Kardorff, ein Sohn des alten konservativen Parteiführers, vereinigt in sich die alte politische Tradition seines Hauses und der Kaste, aus der er hervorgegangen ist, einer modernen liberalen Staatsauffassung, und wäre so an sich geeignet gewesen, als Kanzler ein Kabinett zu führen, das, zwischen rechts und links stehend, eine Vermittlung der unausgeglichenen und unverwundbaren Gegensätze des deutschen Parteiwesens hätte bedeuten können. Der Versuch dieser Vermittlung mußte jedoch aufgegeben werden, weil sich sofort herausstellte, daß ein solches Kabinett nur die drei Parteien der Mitte für sich gehabt und also mit derselben Opposition zu rechnen hätte, die das Kabinett Stresemann zu Fall brachte. Man hörte dann von einer überparlamentarischen Regierung unter der Leitung des früheren Reichsfinanzministers Albert. Aber auch dafür ist bei den maßgebenden Parteien wenig Stimmung vorhanden, so daß der Plan wieder fallen gelassen werden dürfte. Man scheint in parlamentarischen Kreisen von dieser Lösung wenig entzückt, weil der Gedanke eines sogenannten überparlamentarischen oder Beamtenskabinetts dem demokratischen Grundgedanken der Republik widerspricht und weil besonders auch die Persönlichkeit Dr. Alberts durchaus nicht das Vertrauen einflößt, daß er Herr der ungeheuren Schwierigkeiten werden könnte, die sich gegen die Reichsregierung aufdrängen. Man schätzt Dr. Albert als einen tüchtigen, sachlich vornehmen Beamten, der seinen Pflichten stets sehr treu nachkommt, der aber durchaus nicht den Eindruck einer überragenden, Ideenreichen Persönlichkeit macht, die jetzt an leitender Stelle nötig wäre.

Nunmehr ist der Gedanke eines Kabinetts der bürgerlichen Koalition unter der Reichskanzlerschaft des halbdeutschnationalen früheren Duisburger Oberbürgermeisters Dr. Jarres aufgetaucht. Diesem Kabinett würden selbstverständlich auch die Deutschnationalen angeschlossen. Die Demokraten würden dagegen jedenfalls auscheiden, dürfen sich jedoch neutral verhalten, um der bürgerlichen Koalition die Mehrheit im Reichstag zu erhalten. Ob dieses Kabinett zustande kommt, steht noch nicht fest, aber die Zeit drängt und es muß endlich ein Nachfolger für Dr. Stresemann gefunden werden, der als Reichskanzler daran scheiterte, daß er keinen klaren Weg nach rechts oder links fand!

Ein Kabinett der bürgerlichen Koalition?

Dr. Jarres Reichskanzler.

Berlin, 27. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Seit den frühen Nachmittagsstunden laufen zwei Kabinettsbildungen getrennt nebeneinander her, der vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung betraute Dr. Albert verhandelt nach wie vor in der Reichskanzlei mit verschiedenen Persönlichkeiten, um den Plan seines Kabinetts zu fördern. Doch zeigt sich immer mehr, daß die den Grundstock jedes Kabinetts bildende Arbeitsgemeinschaft ihre Sympathien einem inoffiziell im Reichstag in der Entwicklung begriffenen Kabinetts Jarres zuwendet, ohne daß auch hier, wie es ja auch gar nicht anders möglich ist, die Dinge etwa schon zum Abschluß gekommen wären. Bei der Fühlungnahme, die im Laufe des Nachmittags zwischen den Parteien der Arbeitsgemeinschaft im Reichstag stattfand, kam der Gedanke zum Ausdruck, daß allseits die Bildung eines Kabinetts auf der Basis eines Bürgerblocks gewünscht wird. Im Zentrum sind zwar gegen Herrn Jarres wegen seiner stark abgegrenzten Rheinlandpolitik gewisse Strömungen vorhanden. Doch ist dieser Gegensatz im Laufe des Nachmittags durch Verhandlungen ziemlich gemildert worden. Außerdem hat der Abschluß des Vertrags der Industriellen mit der Witum hier manche Gegensätze ausgeglichen. Die Demokraten haben zu einer Kandidatur Jarres noch nicht Stellung genommen. In den Kreisen der Deutschnationalen wie der Deutschen Volkspartei dürfte ein Kabinett Jarres nach den bisher vorliegenden Meinungsäußerungen Unterstützung finden. Neben diesem Plan geht noch der Gedanke, der Reichspräsident möge noch ein viertes Kabinett Stresemann mit Auflösungsdekret bilden. Die Meinungen der einzelnen Parteien, daß ein derartiger Plan Aussicht auf Verwirklichung habe, sind aber geteilt. Es ist nicht anzunehmen, daß schon jetzt eine Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung erfolgt, da die Verhandlungen über das Kabinett Jarres mit dem Reichspräsidenten erst nach Erledigung des Auftrages Dr. Alberts angebahnt werden können.

Berlin, 27. Nov. Die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, die gestern mittag im Reichstag eine Sitzung abhielten, haben sich gegen ein überparteiliches Kabinett Albert ausgesprochen. In unverbindlichen interfraktionellen Besprechungen hat der Gedanke eines bürgerlichen Blocks mit Einschluß der Deutschnationalen Boden gewonnen, nachdem die Sozialdemokraten erklärt hatten, in keine irgendwie geartete Koalition mit den bürgerlichen Parteien einzutreten. Das Zentrum hat allerdings an das Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen eine Reihe von Bedingungen geknüpft: Die Regierung soll auf verfassungsmäßigem Boden bleiben. Der Versailler Vertrag soll als gegebene Tatsache hingenommen werden; über die große Koalition in Preußen soll bei der Kabinettsbildung im Reich nicht gesprochen werden.

Wie die „Vossische Zeitung“ wissen will, ist es jedoch zwischen beiden Parteien zu einem Kompromiß auf folgender Basis gekommen: Die Deutschnationalen lassen die Forderung fallen, daß der Versailler Vertrag für nichtig erklärt werde; das Zentrum und die Deutsche Volkspartei verpflichten sich, in Preußen aus der großen Koalition auszuschneiden und auch dort einen bürgerlichen Block zu bilden. Die deutschnationale Fraktion und auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei sollen bereits ihre Zustimmung zu dem Kompromiß gegeben haben. Die Zentrumsfraktion wird heute nachmittag endgültig darüber beschließen. Die Haltung der Demokraten, ohne welche die bürgerliche Koalition nicht über die absolute Mehrheit im Reichstag verfügen würde, ist noch nicht entschieden. Man nimmt an, daß die Demokraten wohl eine Beteiligung an der Regierung ablehnen, jedoch eine neutrale Haltung einnehmen werden. Als Reichskanzler der bürgerlichen Koalition wird der bisherige Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, genannt.

Albert gibt den Auftrag zurück.

Berlin, 27. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Reichsminister a. D. Albert hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er den Auftrag zur Bildung einer Regierung in die Hände des Reichskanzlers zurücklegen müsse, da es ihm nicht gelungen sei, parteipolitische Schwierigkeiten zu überwinden.

Ein nettes Nebeneinander.

as. Berlin, 27. Nov. (Drahtmeld. unv. Berliner Abteil.) Der seltene Optimismus, den man in Berlin amüßigen Kreisen hinsichtlich des Zustandekommens eines Kabinetts Albert an den Tag legte, kennzeichnet sich auch durch die gestern mittag noch von Persönlichkeiten, die der Reichskanzlei nahe stehen, abgegebene Erklärung, man dürfe mit Bestimmtheit damit rechnen, daß das Kabinett Albert heute abend fertig sei. Dieser Optimismus entbehrt aber, wie inzwischen immer klarer wird, jeder Berechtigung. Ein überparteiliches Kabinett Albert wird nämlich von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Rechte läuft erbittert Sturm gegen diese vom Reichspräsidenten vorgeschlagene Lösung, aber auch die anderen bürgerlichen Parteien sind keineswegs geneigt, ihre Mitglieder für ein solches Kabinett freizugeben. So schieden auch die Zentrumsminister Dr. Brauns und Dr. Bölle, die zunächst zugestimmt hatten, gestern abend, nachdem die Haltung des Zentrums festgelegt war, Herrn Dr. Albert

eine Ablage.

Rein der bürgerlichen Parteien ist bereit, diesem Kabinett das Vertrauen auszusprechen. Lediglich die Sozialdemokraten wären wie aus den Ausführungen des „Vorwärts“ hervorgeht, geneigt, ein Kabinett Albert zu tolerieren. Anscheinend hat nämlich Dr. Albert gewisse Zusicherungen gegeben, daß sein Kabinett den militärischen Ausnahmezustand aufheben und in einen zivilen umwandeln würde. Sogar kommt noch, daß die Sozialdemokraten nicht die Pläne des Reichspräsidenten durchkreuzen wollen. Tatsächlich hat also Dr. Albert auf, nicht eine einzige Partei hinter sich, sondern er steht sich

einer geschlossenen Front gegenüber.

Man wollte in parlamentarischen Kreisen gestern abend auch wissen, daß Dr. Scholz und Abgeordneter Marx abends dem Reichspräsidenten von dieser Auffassung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft Mitteilung machen wollten, daß sich aber der Reichspräsident entschuldigen ließ, so daß dieser Empfang erst heute stattfinden wird.

Inzwischen sind nun die Reichstagsfraktionen, die zunächst beiseite geschoben werden sollten, eifrig bemüht, von sich aus die Krise zu lösen. Man ist bestrebt, eine bürgerliche Koalition zustande zu bringen und diese Bestrebungen sind bereits recht weit gediehen. Beteiligt sind an dieser Koalition alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, von denen eine bindende Erklärung noch nicht vorliegt, da der größte Teil der Fraktion gestern nicht in Berlin anwesend war. Man nimmt aber an, daß die Demokraten ein solches Kabinett, als dessen Führer wieder Dr. Jarres genannt wird, tolerieren würden, wenn auch unferes Erachtens gar kein Grund für die Demokraten vorliegt, sich an einem solchen Kabinett, das

eine Rechtspolitik treiben

wird und treiben muß, und bei dem man auch aus diesem Grund die Verantwortung der Deutschnationalen recht deutlich schon nach außen zum Ausdruck bringen sollte, aktiv zu beteiligen. Das Zentrum hat für seine Teilnahme an dieser Koalition einige Bedingungen gestellt, die angeblich von den Deutschnationalen akzeptiert werden sollen, nämlich erstens: die Lösung der Krise erfolgt auf verfassungsmäßigem Boden, zweitens: der Versailler Vertrag wird nicht als zerrissen erklärt, drittens: die Frage der großen Koalition in Preußen bleibt aus dem Spiel, viertens: die Rhein- und Ruhrfrage gilt durch den Vertrag der Industriellen und der Witum als erledigt.

Es gibt im Augenblick also ein recht nettes Nebeneinander. Noch bemüht sich Dr. Albert um die Bildung eines Kabinetts, während zugleich die Reichstagsfraktionen von sich aus eine Lösung erstreben, d. h. Reichspräsident und Reichstag sind akribisch, aber in verschiedenem Sinne um die Lösung der Krise bemüht.

Ein Konflikt zwischen Reichstag und Reichspräsident

dürfte sich daraus nicht ergeben, es ist vielmehr anzunehmen, daß Dr. Albert heute seine Bemühungen aufgeben und daß sich der Reichspräsident mit dem von den Fraktionen vorgeschlagenen Wege einverstanden erklären wird. Ein etwas seltsames Gelächter ist die neue Koalition zweifellos und man darf einermessen gespannt sein, wie das neue Kabinett aussehen wird!

Eine Weigerung des Reichspräsidenten.

Berlin, 27. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Der „L.A.“ meldet: In parlamentarischen Kreisen habe man gestern abend mitgeteilt, daß sich die Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, die Abgeordneten Dr. Scholz und Marx, beim Reichspräsidenten für gestern abend angemeldet hatten, um ihm namens der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mitzuteilen, daß ein Kabinett Albert bei dieser kein Vertrauen finden würde. Der Reichspräsident habe dem Empfang der beiden Parteiführer mit der Motivierung abgelehnt, er wolle keine Mitteilung darüber entgegennehmen, wie sich die Fraktionen des Reichstags zu einem Kabinett Albert stellen. Diese Weigerung des Reichspräsidenten Ebert hat bis in die Reihen der Demokraten hinein sehr bestrebt.

Briefmarken auf Rentenwährung.

Berlin, 27. Nov. Wie dem „Berliner Tageblatt“ zufolge verlautet, sollen dieser Tage Briefmarken ausgegeben werden, die auf Rentenwährung lauten.

Vor der Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers im besetzten Gebiet.

Esersfeld, 26. Nov. Auf dem außerordentlichen Vertretertag der Deutschdemokratischen Partei sprach der Reichstagsabgeordnete Erkelenz über die bevorstehende Entscheidung über die besetzten Gebiete. Nachdem Tirard einem Herrn aus Köln die Frage vorgelegt hätte, ob man nicht über die Bildung eines Rheinstaates im Rahmen des Deutschen Reiches verhandeln könne, hätten Verhandlungen stattgefunden, zunächst am vorigen Freitag, über die im einzelnen noch nichts bekannt geworden ist. Er glaube aber in großen Zügen folgendes darlegen zu können: Was von Tirard angenommen sei, sei es solle über die Frage beraten werden, die besetzten Gebiete im Rahmen eines Verwaltungskörpers zusammenzufassen. An die Spitze dieses Zweckverbandes tritt ein zwei- bis fünfköpfiges Direktorium. Dahinter steht zunächst ein Ausschuss gewissermaßen als Berater des Direktoriums. Dieses Direktorium hat die Aufgabe, einerseits mit den Franzosen, andererseits mit dem Deutschen Reich alle Verhandlungen zu führen, die notwendig sind, um die Ordnung wieder herzustellen. Voraussetzung dafür ist eine Regelung der Finanzen. Ein solches Gebilde müsse Finanzhoheit, also eine eigene Steuer haben. Zweitens müsse dieses Gebilde die Verwaltung ordnen. Die Verwaltung müsse wieder mit den ersten Kräften besetzt werden, die in der Hauptsache ausgewiesen worden sind. Aufgabe des Direktoriums wird deshalb sein, auf die Rückkehr der Ausgewiesenen hinzuwirken oder soweit dies nicht möglich ist, auf Neubesetzung der betreffenden Ämter bedacht zu sein. Im übrigen hätte dieses Direktorium die Pflicht und das Recht, alle Maßnahmen zu treffen, die ein souveräner Staat treffen kann. Es würde gewissermaßen die Souveränität des Reiches und der Länder für die Zeit, in der hier der Zwangszustand herrscht, auf dieses Direktorium übertragen werden.

Wenn unter dem herrschenden Druck die Banden zwischen Reich und Ländern gelodert werden müßten, so dürften wir nicht die Möglichkeit geben, die einzelnen westfälischen, rheinischen, hessischen und bayerischen Teile usw. gegeneinander auszuspielen. Trotz eines gewissen Widerstandes, der vielleicht in Westfalen am stärksten sei, müsse man gemeinsam vorgehen. Das Entscheidende ist, daß wir vor der Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers im besetzten Gebiet stehen. Wenn auch nicht an ein Auscheiden aus Preußen oder dem Reich gedacht werde, sondern eine reine Zusammenfassung aus Zweckmäßigkeitsgründen beabsichtigt ist, erhalte doch diese Situation eine politisch ganz außerordentliche Bedeutung. Trotz des Zweckverbandes sei die politische Gefahr immer noch sehr groß. Wir haben — fuhr der Redner fort — m. E. uns immer mit Recht gestraut gegen die Möglichkeit einer Abtrennung von Preußen, solange die Besetzung besteht. Es wird den Franzosen nicht schwer fallen, in diesem Gebilde ihren Einfluß geltend zu machen; aber die Dinge sind so, daß wir zwischen diesen Möglichkeiten zu wählen haben und nicht Millionen der Bevölkerung gegeneinander ausspielen, um sich gegenseitig aufzufressen zu lassen. Um die Bevölkerung vor dem Aufrschlumpfen zu bewahren, müsse der erste Weg beschritten werden. Ich werde deshalb vorschlagen; uns dahingehend zu erklären, daß wir unter dem Zwang der Umstände und vor der Gefahr des Verhungerns und der Verelendung uns mit diesem Schritt einverstanden erklären in dem Bewußtsein, daß das deutsche Volk am Rhein deutsch ist und deutsch bleibt, auch wenn die Form des Staates wechselt.

Die Rheinisch-Westfälische Notenbank.

Düsseldorf, 26. Nov. (Havas.) In Bonn fand eine neue Sitzung der rheinischen Bankgruppen, die unter Leitung des Kölner Bankstammespräsidenten stehen, und der Vertreter französischer Banken statt, deren Mitarbeit von der rheinischen Gruppe gewünscht wurde. Die Besprechungen galt der Schaffung einer Rheinisch-Westfälischen Notenbank. Der Leiter der Bank von Paris, M. Halin, und Herr Schwelbgen wohnten der Sitzung als Vertreter des französischen Finanzministeriums bei. Man suchte praktische Richtlinien zur Sicherung der Wirtschaft der Zusammenarbeit und beabsichtigt die Statuten der neuen Notenbank, die unter Beteiligung englischer, belgischer, französischer, neutralen und deutscher Kapitalisten gegründet werden soll. Auch die drei Ratsmitglieder der Rheinlandkommission, Thraugotter (England), Ribier (Belgien) und Giscard (Frankreich), wohnten der Sitzung bei. Sobald die Statuten endgültig fertiggestellt sind, werden sie der Rheinlandkommission unterbreitet, die allein ermächtigt ist, den Umlauf von Noten einer neuen Bank zu gestatten.

Der Abtransport der Reichswehrverstärkungen aus Sachsen.

Berlin, 27. Nov. Wie der „Vorwärts“ erfahren haben will, soll am 27. November der Abtransport der in Sachsen befindlichen Reichswehrverstärkungen beginnen und bis zum 28. November abends durchgeführt sein.

Das Mantelabkommen zwischen den Ruhr-Industriellen und der Micum.

Berlin, 26. Nov. Ein Verzeichnis der mit den Bergwerken verbundenen Fabriken, die bei der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages bereits ein Abkommen mit der Micum getroffen haben, siehe Anlage 1.

1. Es wird vereinbart, daß die Bedingungen des vorliegenden Vertrages hinsichtlich der Micum, wenn nicht binnen zehn Tagen 80 Prozent der Bergwerke alle Bestimmungen des Abkommens annehmen. Selbstverständlich wird unmittelbar nach Unterzeichnung dieses Abkommens ein Sonderabkommen mit jedem Bergwerk oder Konzern abgeschlossen, doch müssen die Bedingungen dieses Abkommens eingehalten werden.

2. Rückständige Kohlensteuer.

Die Bergwerke, die vor dem 20. Januar 1923 den für Oktober, November und Dezember 1922 fälligen Betrag der Kohlensteuer an die Reichsfinanzen abgeführt haben, sind für diesen Zeitraum von jeder Verpflichtung befreit, müßten aber der Micum den Nachweis über ihre Zahlungen an die Reichsfinanzen führen. Der genaue Betrag der rückständigen Kohlensteuer, die von den Bergwerken an die Micum zu zahlen ist, wird durch die Ermäßigung festgestellt und bis zum 1. November auf ein Drittel oder ein Viertel der Forderungssumme ermäßigt. Strafbüße bedingt. Je nachdem es sich um reine Bergwerke oder um Bergwerke, die einem Konzern der Metallindustrie angeschlossen sind, werden die Ermäßigungsquoten zwischen drei Viertel und vier Fünfteln gestuft. Um der verhältnismäßigen Bedeutung der Metallwerke in jedem Konzern Rechnung zu tragen. Die für den Zeitraum bis zum 31. Oktober zu zahlende Gesamtschuldung soll 15 Millionen Dollar für die Gesamtheit der Bergwerke, die noch kein Abkommen mit der Micum getroffen haben, nicht überschreiten. Von dem verbleibenden Betrag wird für jedes Bergwerk oder jeden Konzern der Metallindustrie der Betrag der auf Grund der Kohlensteuer beschlagnahmten Gegenstände (generelle Erzeugnisse, Kohlenlieferungen an die Micum, in den Bergwerken beschlagnahmte Nebenprodukte, Schlacken, Thonmasse, Grubenholz usw.) unter Ausschluss der auf andere Konten (Reparationskonto oder Sachlieferungskonto) beschlagnahmten Erzeugnisse abgezogen. 10 Prozent des Betrages der rückständigen Kohlensteuer sind binnen 15 Tagen nach der Unterzeichnung des mit jedem Bergwerk oder Konzern abzuschließenden Abkommens fällig. Der Rest ist zahlbar in zwei auf zwei bis sechs Monaten gestaffelten Raten, die von der Micum ausgelassen und von einer Bank alsseziert oder mit Bürgschaft versehen werden. Der Betrag der Wechsel an den verschiedenen Fälligkeitstagen braucht nicht unbedingt der Höhe zu sein. Er wird von der Ermäßigungscommission festgestellt. Ausnahmeweise kann für eine beschränkte Zahl reiner Bergwerke, die den Wechsel eine andere Zahlungsweise in Betracht gezogen werden; ebenso kann ganz ausnahmeweise reinen Bergwerken ein Zahlungsaufschub bis zu sechs Monaten gewährt werden.

3. Künftige Kohlenabgabe.

Vorläufig bis 31. Dezember (Fälligkeitstermin 15. Jan. 1924) wird die Abgabe auf 10 französische Franken für die im besetzten Deutschland verkaufte oder im unbefestigten Deutschland verkaufte und dorthin verladene Tonne Brennstoff festgelegt. (Schätzend daß der Satz 8 Drittel Goldmark auf Grund 1 Dollar gleich 4,20 Goldmark nicht übersteigen.) Der eigene Verbrauch der Bergwerke einschließlich des eigenen Verbrauchs der Bergwerke, die ihre Dampf- und Triebkraft von benachbarten Fabriken oder von dritter Seite erhalten, wird die Tonnage der Kohle, die als eigener Verbrauch der Bergwerke angesehen wird und somit von jeder Abgabe befreit ist, in jedem Falle von der Micum im Einvernehmen mit dem Bergwerk nach Prüfung zu einem Satz bemerkt. Der im allgemeinen 12 Prozent der Förderung nachkommt. Die Abgabe ist am 15. jeden Monats für den folgenden Monat fällig, und zwar in französischen Franken oder in einem von der Micum genehmigten Gegenwert. Die Zahlungssätze der künftigen Abgaben wird später bestimmt. Ausnahmeweise kann ein Teil der nicht in Deutschland verkauften Lieferungen von Kohlen und Ammoniakflusssalz einbezogen werden, wenn deren Tonnage, wie vorgelesen, geringer ist. Der vom 1. Januar 1924 anzuwendende Satz wird in der ersten Januarhälfte festgelegt und zwar nach Rücksprache mit den Bergwerken unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Ruhrgebietes. Während der Dauer dieses Abkommens werden die Reparationskosten mit feinerer Abgabe belegt. Ein gleiches gilt von den für die Armee und die internationalen Dienststellen bestimmten Kosten. Gegebenenfalls kann die Ermäßigungscommission eine Herabsetzung der Brennstoffabgabe für die nach dem Ausland gehende Tonnage genehmigen, um der Marktlage Rechnung zu tragen.

4. Reparationslieferungen.

Grundsätzlich liefert jedes Bergwerk von dem Tage ab, an dem die Reparationslieferungen zu erfolgen haben, eine Kohlen- oder Koksmenge im Verhältnis zur Ziffer seiner Ausförderung oder Kokszeugung im Jahre 1921. Die von diesem Zeitpunkt ab zu liefernden Mengen und Sorten werden von dem alsdann in Kraft befindlichen Programm der Reparationscommission näher angegeben. Selbstverständlich liefern die Bergwerke im Ruhrgebiet und in der Kölner Zone den ihnen zukommenden Teil. Die Bergwerke im Süden von Rott und im unbefestigten Teil des Ruhrgebietes werden mit den im Programm als vom Ruhrgebiet zu leistenden Privatlieferungen bezeichneten Leistungen belastet. Die für jedes Bergwerk in Betracht kommende Schmelzleistung ist in Anlage 2 angegeben. Vorläufig und zur Erleichterung der Wiederaufnahme des Betriebes werden die zu liefernden Tonnagen bis 15. Jan. auf den Prozentsatz ihrer Ausförderung beschränkt, dessen Berechnung in Anlage 2 angegeben ist.

Sollte in der ersten Januarhälfte die Wirtschaftslage des Ruhrgebietes die restliche Lieferung der Tonnage an Reparationskohle nicht erlauben, so kann dieser Zeitpunkt verschoben werden. In der Zeit zwischen dem 15. Januar und dem darauf folgenden Zeitpunkt bleibt die eben für den Zeitraum der Wiederaufnahme festgesetzte Berechnungsweise in Betracht. Für Bergwerke, deren Kokserei teilweise in Betrieb gesetzt wird oder noch in Betrieb steht, wird von der Micum die Koksmenge festgelegt, die bis zu 25 Prozent der Erzeugung gehen kann. Daraus ergibt sich eine entsprechende Herabsetzung der Tonnage der Kohle, berechnet auf der Grundlage von 4 Tonnen Kohle für 3 Tonnen Koks.

Die Reparationslieferungen von Nebenprodukten der Steinkohle (Eis, Ammoniakflusssalz, Pech, verschiedene Öle usw.) sind Gegenstand besonderer Abmachungen zwischen den Bergwerken und der Geschäftsstelle (Geschäftsstelle für Reparationslieferungen). Grundsätzlich liefert jedes in Betrieb befindliche Bergwerk der besetzten Gebiete einen Teil der Reparationsleistungen. Die Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens verpflichtet sich zur Unterzeichnung der Abfälle, die mit den verschiedenen Nebenprodukten getroffen werden. Die Frage der Abgabe auf Nebenprodukte wird zugleich im allgemeinen geregelt und zwar derart, daß die Nebenprodukte die Abgabe im Verhältnis ihrer Weiterverarbeitung nur einmal zu tragen haben. Selbstverständlich bezahlen die alliierten Behörden nichts für die Reparationslieferungen. Die Bergwerke müssen die zu Reparationszwecken bestimmten Brennstoffe, die auf

dem Eisenbahnweg befördert werden, mit eigenen Betriebsmitteln bis zum Ende ihrer besonderen Anlaufstrecke liefern, wo viele in das allgemeine Bahnnetz einmünden. Sie müssen die Beförderung der auf dem Wasserweg verladenen Brennstoffe bis zu den Häfen übernehmen und in die ihnen angewiesenen Kohlenhäfen, einerlei welcher Staatsangehörigkeit, verladen, wenn sie einen besonderen Wasserantrieb bis zu diesen Häfen haben. Die Kosten der Beförderung auf besonderen Anschlüssen und der Verladung auf die Schiffe werden den Bergwerken von der Micum unter den gleichen Bestimmungen wie bei den früheren Verträgen mit dem Reich erstattet, falls sie nachweisen, daß das Reich diese Kosten am 1. Januar 1923 getragen hat. Grundsätzlich ist die Verteilung der Reparationsleistungen an Wasser und mit der Eisenbahn in dem Programm der Reparationen angegeben. Auch behält sich die Micum das Recht der Umlegung von Eisenbahntransporten auf die Wasserstraßen und umgekehrt vor und übernimmt es, die Genehmigung dieser Änderungen bei der Reparationskommission einzuholen.

5. Die Preise der an die Micum zu liefernden Brennstoffe werden von der Micum durch Vereinbarung mit den Bergwerken festgelegt. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist die Micum berechtigt, den Bergwerken die Lieferungen an die Micum bis zu höchstens 15 Prozent ihrer Förderung vorzuschreiben. In letzterem Falle richtet sich der Preis pro Tonne ab Bergwerk einschließlich der von der Micum zu zahlenden Steuer und der Zahlungsbedingungen vorläufig bei gleichwertigen Sorten nach dem Durchschnitt derjenigen im Saargebiet, in Belgien und Frankreich.

6. Die Bergwerke verpflichten sich.

für den Bedarf der Belagungsarmee und der alliierten Dienststellen die erforderliche Tonnage gegen Requisitionsscheine ohne Bezahlung seitens der alliierten Behörden zu liefern.

7. Die Reparationslieferungen.

an die Micum, die Armee und die alliierten Dienststellen sind grundsätzlich vorzugsweise herbeizuführen.

8. Die Kontrolle der Vertreter der Micum.

persönlich gemäß dem Wortlaut der Vorschriften lebhaft den Zweck der Durchführung der Reparationslieferungen zu überwachen. Keinesfalls dürfen die Vertreter der Micum sich in Handelsfragen oder in die technische Leitung der Betriebe einmischen. Sie sind berechtigt, die Bergwerke, Fabriken und Bahnhöfe zu betreten und sich dort alle Nachrichten oder anderen Schriftstücke geben zu lassen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich sind.

9. In der Anlage 3 ist angegeben, unter welchen Bedingungen die Kontrolle der Reparationslieferungen

erfolgen soll. Es sind zwei Zeitabschnitte zu unterscheiden:

1. Während des vorläufigen Zeitabschnittes der Wiederaufnahme der Betriebe, die bis zum 15. Januar reicht (§ 4), haben die Bergwerke die Reparationslieferungen nur so viel beizufügen, als dem in Anlage 1 angegebenen Wert ihrer Gesamtförderung entspricht. Die durch das Vorkommen ausgeschlossenen Sorten werden durch andere gleichwertige Sorten ersetzt.

2. Mit dem Beginn der völligen Wiederaufnahme der Lieferungen darf nur die Tonnage, die im Programm der Reparationskommission angegeben ist, geliefert werden. Die näheren Angaben über jede Sorte sind in Anlage 3 in den beigefügten Tabellen aufgeführt. Diese Tabellen werden nach Anhörung der Meinung der Bergwerke ergänzt. Jedes Bergwerk schuldet die Tonnage, deren Gesamtwert nach dem Schlüssel in Anlage 2 berechnet wird. Die einzelne Verteilung der von den Bergwerken zu liefernden Tonnage erfolgt entweder durch die Micum oder durch Vermittlung einer etwa zu schaffenden Bergwerksorganisation.

10. So lange die in §§ 4, 5 und 6 vorgesehenen Lieferungen nach der vorliegenden Vereinbarung erfolgen, wird die Micum die von den Bergwerken verkaufte Tonnage in keiner Weise einschränken. Sie wird die gesamte Verteilung der Brennstoffe kontrollieren. Die Bergwerke haben zu diesem Zweck alle von ihr verlangten Aufstellungen zu liefern. Andererseits verpflichten sie sich, auf Anfordern der Micum in jedem Monat das Gesamtprogramm der Verteilung für den nächsten Monat zu liefern.

11. Die aus der neuen Förderung seit 1. Oktober entfallenden

Kohlen- und Koksverträge.

sind Eigentum der Bergwerke. Die angeführten Vorräte bleiben im Besitz der Bergwerke und der alliierten Behörden. Zur Verflüssigung der Bergwerke kann ein von der Micum bestimmter Teil der alten Kohlen- und Koksverträge gestellt werden, um die Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen. Entsprechende Angaben der Tonnagen der neuen Förderung sind zur Ergänzung der Reparationskontingente binnen 3 Monaten zu liefern. Die Erzeugung neuer Nebenprodukte steht den Bergwerken frei mit Ausnahme der Tonnagen, die zu Reparationszwecken auf Grund der mit den Bergwerken und Geschäftsstellen zu treffenden Abmachungen zu liefern sind.

12. Die zurzeit

gelagerten Vorräte an Metallergzeugnissen und Nebenprodukten

der Steinkohle werden im Verhältnis zu dem Betrag der auf Rechnung der rückständigen Kohlensteuer geleisteten Zahlungen freigegeben, jedoch bleiben weiterhin beschlagnahmt.

1. die auf Konto der Kohlensteuer beschlagnahmten Erzeugnisse, über die mit der Micum Abdruck erfolgt.

2. Metallergzeugnisse, die auf Konto von Sachlieferungen beschlagnahmt wurden. In der Anlage sind die ihnen beschlagnahmten oder noch zu beschlagnahmenden Metallergzeugnisse angegeben. Mit der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens hören die Beschlagnahmen in den Bergwerken oder Konzernen auf.

13. Die in den Bergwerken beschlagnahmten Förderlokomotiven, Harzwagen, Spezialwagen wurden diesen unter Berücksichtigung des Bedarfs der Verladeplätze so bald wie möglich wieder zur Verfügung gestellt.

14. Zur Erleichterung der Wiederaufnahme des Betriebes

in der Eisenindustrie wird selbstverständlich, so lange ihre Erzeugung nicht unter 50 Prozent der entsprechenden Ziffer von 1922 erreicht hat, eine Herabsetzung auf 75 Prozent des Betrages der gegenwärtigen Gebühren für die Ausfuhr bewilligt, die aus dem besetzten Gebiet ausgeführt werden. Die Ausarbeitung von Gebührensätzen, die in Anwendung kommen, sobald die Industrie wieder in normalen Verhältnissen steht, wird weiterhin geprüft. Schon jetzt wird ein System ins Auge gefaßt, wodurch die Ausfuhrbewilligungen so schnell wie möglich ausgestellt werden können.

15. Die Tonnage der Metallergzeugnisse

die einerseits ins Ausland ausgeführt, andererseits ins unbefestigte Gebiet verladen werden können, wird monatlich auf der Grundlage von ein Zwölftel der Verladungen vom Jahre 1922 kontingentiert, jedoch mit der Maßgabe, daß das gegenwärtige Abkommen von den Bergwerken eingehalten wird (Überfälle oder Fehlbeläge können auf den nächsten Monat vorgetragen werden). Die Liste der Koksverträge, die ohne Zahlung frei in das Ruhrgebiet nicht zu rückgeben können, ergibt sich aus Anlage 5.

16. Die Konzerne, welche über Fabriken im unbefestigten Gebiet verfügen, können an diese Fabriken die gleiche Menge von Koks- und Metallabfällen wie im Jahre 1922 verwenden. Für die in letzterem Fall zu erbringenden Angaben wird ein besonderes System eintreten.

Die Wiedereherstellung der Militärkontrolle.

London, 26. Nov. Der diplomatische Berichterstatler des „Observer“ schreibt: Es wird erwartet, daß die internationale Militärkontrollkommission Anfang dieser Woche in Berlin zusammentritt. Eine Antwort auf die beiden Noten der Vorkontrollkonferenz durch die deutsche Regierung wird nicht erwartet. Das britische Mitglied der Kommission Benham müßte in enger Fühlung mit dem Forelan Office bleiben bei der heiklen Arbeit der Wiederherstellung der Militärkontrolle über Deutschland, dessen zukünftige Lage nicht vorausgesehen werden könne. Die Politik, die er durchzuführen habe und wegen der er in enger Fühlung mit Lord Curzon stehe, bewende sich hauptsächlich, daß kein Verlust gemacht werde, eine Kontrolle in einem Teil Deutschlands auszuüben, wo augenblicklich keine Berliner Regierung irgend eine wirksame Autorität ausüben könne. Nach britischer Ansicht würde es ein Hohn sein, Unmögliches von Deutschland zu fordern und dann seine Nichterfüllung als Verzag anzuklagen. Mussolini habe während der letzten Woche gezeigt, daß er die enossliche Politik vollkommen unterstütze, und auch die belgische Regierung stehe ihr sympathisch gegenüber. Die nächste Woche werde eine kritische Zeit sein, sowohl wegen der unsicheren Lage in Deutschland als auch wegen der Gefahr, daß die Frage der Verhängung von Sanktionen die Verbündeten von neuem spalte.

Deutsches Eisenbahnmateriale in Duisburg
beschlagnahmt.

Paris, 26. Nov. Wie der Brüsseler Korrespondent des **Temps** meldet hat ein Vertreter der belgischen Regierung heute vormittag in Duisburg tosendes Eisenbahnmateriale beschlagnahmt, das zur Lieferung an die deutsche Eisenbahnerweiterung in verschiedenen Fabriken der Stadt befristet. Die Maßnahme wird damit begründet, daß die deutsche Regierung das Ultimatum in der Angelegenheit des Leutnants Goffi nicht befolgt habe, in dem die Zahlung einer Geldbuße von 1250 000 Franken verlangt wurde. Das beschlagnahmte Material wird in Höhe dieser Summe liquidiert werden. Eine Million wird nach dem Korrespondenten die belgische Regierung dem Roten Kreuz um 250 000 Franken der Familie des Getöteten zur Verfügung stellen.

Die deutschen Eisenbahner bei der Regie.

Paris, 25. Nov. Eine Agentur veröffentlicht einen neuen Tagesbericht über die Zahl der von der Eisenbahnregie im besetzten Gebiet eingestellten deutschen Eisenbahner. Die heutige Ziffer wird mit 46 000 angegeben.

Blünderungen in Berlin.

Berlin, 26. Nov. Infolge der ständig wechselnden Lebensmittelpreise kam es auch heute an vielen Stellen von Berlin zu Anstimmungen und teilweise zu Plünderungen der Bäder- und Schlächterläden. Auch ein Schuhwarengeschäft wurde beraubt. Mehrere Täter wurden festgenommen.

Verbot des Nachtautomobilverkehrs in München.

München, 26. Nov. Der Generalsanitätskommissar hat für München ein sofort in Kraft getretenes Verbot des Automobilverkehrs von 1 bis 5 Uhr nachts erlassen, das bei Zuwiderhandlungen strenge Strafen vorseht. Ärzte und Behörden werden davon nicht getroffen.

Ungarische Liebesgaben für Deutschland.

Budapest, 26. Nov. Wie das Ungarische Korrespondenzbureau meldet, hat das ungarische Rote Kreuz in einer Ausföhrungsbefehlungen, eine Aktion bezügl. Sendung von Liebesgaben nach Deutschland einzuleiten, die den in Deutschland lebenden Ungarn, aber auch der künftigen notleidenden Bevölkerung zugute kommen sollen. Für die Durchführung der Hilfsaktion tritt der Verein mit der größten landwirtschaftlichen Genossenschaft Danaua (Anella) in Verbindung. Es werden Pakete zu 5, 10 und 20 Kilogramm hinausgeschickt.

**Eine Aktion zur Unterbringung deutscher Kinder
in Tirol.**

Innsbruck, 26. Nov. Auf Anregung des Bischofs Dr. Wals leitete der Tiroler Charitasverein eine Aktion für die Unterbringung deutscher Kinder in Tirol in die Wege.

Aus Kunst und Leben.

* Literarische Gesellschaft. Der bekannte Goetheforscher Professor Dr. W. v. Wetzingen sprach über Goethe im Vertheil und als Briefschreiber. (Zweiter Vortrag des Goethe-Jubiläums.) Trotzdem uns das Vortragsbild des großen Weimarer Dichters bekannt ist als das Irgend einer anderen großen Persönlichkeit, versuchte der Vortragende, dieses Bild mit einigen neuen Farben zu beleben, wobei er neben Goethes Selbstbiographie „Dichtung und Wahrheit“ vor allem die Tagebücher, die Briefe und die Berichte der Zeitgenossen zu Rat zog. Auf Grund seiner emigen Studien mußte Professor Dr. v. Wetzingen eine ganze Reihe von gar nicht bekannter Thatfachen beizubringen und zu einer fleißigen Detailarbeit zusammenzufügen. Die vielen kleinen, ja kleinsten und umfänglichsten Züge, die mit vielleicht allzu großer Obiectivität hervorgehoben werden, haben uns freilich dem Wesen des Genius nicht immer nahe gebracht. Der ganze Lebenslauf des Dichters sollte sich vor uns auf. Wir erlebten das herrliche und Annahmende des Weimarer Studenten, die kluge Vostitt des Weimarer Hofmannes, der den Menschen eine falsche Vorstellung von sich selbst gibt, um sich ihnen gegenüber die Freiheit zu sichern, wir beobachteten die Verfallung des unabhägaren altenden Ministers, kurz das Sterbende an Goethe. Besonders interessant waren die Hinweise auf den Briefwechsel mit Bettina von Arnim und auf die dicke Fakkelt der in einem fleischlichen Kurialstil abgefaßten Korrespondenz des Alters. Bekanntermaßen meinte der Redner, Goethe habe kein Leben zerfallen und nach allen Seiten zertheilt, um zu geben und zu empfangen und mit dem Empfangenen seine Persönlichkeit zu bereichern. So gleiche er einem facettierten Edelstein, der das auf ihn einströmende Licht in Strahlen und Farben zerlege. Der interessante Vortrag wurde sehr bellig aufgenommen.

W. W.

* Ein neuer Unruhl über die Aufführung „Der Rosenkranz“ im Hessischen Landes-Theater wird uns aus Darmstadt geschrieben: Unter Hartmanns Leitung erlebte hier Unruhl „Rosenkranz“ seine Aufführung. Er stellt das Beispiel zum dritten Teil der Trilogie „Ein Gedicht“ dar. Ein Zeitbild, dem harte Ideen innewohnen. Sich an Fichte anklammernd, sucht Unruhl Erlösung aus den Fäden der Zeit. Der deutsche Dichter Reinmar Dietrich hat sich auf die Florentiner Landspitze seines Freundes Edmund Berg zurückgezogen, um, noch ganz unter den Schreden des Weltbrandes lebend, Werke zu schreiben. Mit Elisor Irene, der Frau Pergo, der ihr in seinem Sommerkeller fern bleibt, verbindet ihn ein geistiges Verhältnis. Im Florentiner Dom trifft Dietrich die Gattin des von seinem Goldschmied und seinen Ätzen in Anbruch genommenen Walter Dorn. Ihr Silber und Werdn heht die zu den Frühen des hundertjährigen kaiserlichen und predigenden Dominikanerpaters in wunderlicher Schauer darrende Menge auf beide. Im schwärmenden Rohn gleiten sie unter Gewittersturm dem Fluß hin-

Wiesbadener Nachrichten.

Die beste Temperatur für den Körper.

Im Winter muß der menschliche Körper sich bei den wechselnden Temperaturen, wie sie das gebaute Zimmer und die freie Luft bieten, den verschiedenen Bedingungen stets von neuem anpassen. Es ist nun von Wichtigkeit, zu wissen, welche Luft- und Witterungsbedingungen für den Organismus am günstigsten sind. Darüber berichtet Dr. Grohe in der „*Umschau*“. In unserem Klima erreicht die Temperatur im Schatten nie die Höhe, die das Blut des menschlichen Körpers immer hat. In geschlossenen Räumen behindern wir uns bei Temperaturen unter 20 Grad am wohlsten. Die Zahl liegt fast 17 Grade unter unserer Eigen Temperatur. Der Körper gibt nun stets nach außen Wärme ab; er verliert auch hohe Wärmebeträge durch Verdunstung, da unsere Haut feucht ist und die umgebende Luft stets Wasserdampf aufnimmt. So werden uns beständig hohe Wärmebeträge entzogen, die wir durch Nahrungsaufnahme ersetzen müssen. Fast 3000 Wärme-Einheiten, d. h. die Verbrennungswärme von fast 1 Pfund Kohlen, müssen wir täglich abgeben; ja bei starker Ausstrahlung kann sich der Betrag sogar verdoppeln. Wenn die Haut unter 28 Grad hat, haben wir schon eine starke Kälte-Empfindung, und diese wächst wir, wenn sie 34 Grad und mehr sinkt. Auf die Regulierung der Temperatur haben Nahrungsaufnahme, Muskelbewegung und der ganze seelische Zustand starken Einfluß. Die Temperaturen schwanken auf unserer Erdoberfläche zwischen Plus 60 Grad und Minus 70 Grad, also um 130 Grad; in unserem Klima liegen die Schwankungen zwischen Plus 35 Grad und Minus 22 Grad. Wir müssen durch entsprechende Kleidung und zweckmäßige Verwendung der Wohnräume uns diesen Änderungen anpassen. Die verbrauchten Wärme-Einheiten werden im Körper durch Verbrennung der zugeführten Nahrungsmittel ersetzt. Da der Winter mehr Wärmeabgabe mit sich bringt als der Sommer, so müßten wir eigentlich im Sommer an Gewicht zunehmen, im Winter abnehmen. Es ist aber meist das Umgekehrte der Fall, da der Appetit im Sommer geringer ist. Die nötigen Wärme-Einheiten für den Körperhaushalt liefern eine Mischung von etwa 100 Gramm Eiweiß, 50 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlenhydraten. Außer der Temperatur wirken noch die Feuchtigkeit und der Druck der Luft auf unseren Körper stark ein. Jeder weiß, wie ungünstig feuchte Kleider oder Schube, Zugluft, starker Wind auf den Organismus wirken. Scharfles Stehen oder Fallen der Temperatur macht sich sehr verschieden bemerkbar. Ein Fall von 25 auf 15 Grad ist leichter zu ertragen als ein solcher von 15 auf 5 Grad. Der in der Luft enthaltene Wasserdampf spielt für den Körper eine große Rolle. Wir verlieren außer dem Liter Flüssigkeit, das im Harn und Kot abgeht, mehr als einen Liter Wasser in Dampfform, und zwei ein Drittel durch die Lungen, zwei Drittel durch die Haut. In feuchter Luft ist unsere Wasserdampfabscheidung gerina, da der Dampfhunger der Luft nur klein ist; dafür wird die Wärmeabgabe des Körpers durch Leitung und Strahlung erhöht, so daß wir uns kälter fühlen. Wenn es aber heiß und feucht ist, fühlen wir uns bedrückt und unbehaglich, weil die Schweißabsonderung und -verdunstung von der Hautoberfläche unterbunden sind. Trockene Luft vermindert und vertieft die Atemzüge, feuchte erhöht und verflacht sie. Die günstigste Feuchtigkeit im Zimmer sind 60 Prozent, am Hygrometer abgelesen. Diese Feuchtigkeit muß man in gebauten Räumen durch flache Wasserbehälter zu erhalten suchen, die auf die Heizung gestellt werden.

Das Ubc der Schulpflege.

Es gibt für das Leder nichts Nachtheiligeres, als wenn es in feuchtem Zustand fortgesetzt wird. Die Feuchtigkeit läßt den Glanz des Leders schnell schwinden, setzt sich sogar als Schimmel am Leder fest. Die Schimmelflecke lassen sich allenfalls durch Zuhilfenahme von verdünntem Glycerin ohne Schwierigkeiten entfernen. Doch ist ein häufiges Bestreichen des Schuhwerks mit dieser Flüssigkeit nicht gerade zu empfehlen. Man kann der Schimmelfleckenbildung dadurch leicht vorbeugen, daß man das Leder mit Ragnusöl oder einer Mischung, die aus einem Theil Kampher und neun Theilen Terpentin besteht, einreibt. Aber es gibt bessere Methoden, um das Schuhwerk vor den Folgen großer Kälte zu schützen. Man färbere die noch nassen Schuhe, die ja meist auch stark beschmutzt sind, mit einem Schwamm und fülle den

unter. Walter fühlt, daß die Seele keiner ihn verlassen kann nie ihm gehört. Er versucht, sie zurückzugewinnen, doch die fleischliche Reizung zu Rainmar läßt sie ihm gegenüber trotz der Kinder fast bleiben. Durch seine Hand stirbt Beronika. Fring Wilhelm von Breußen hat mit einer Reihe von Offizieren vom Johanniterorden den Auftrag den deutschen Dichter, der ein begeisterter Anhänger des Pazifismus ist, unwiderrlich zu machen. Bonin vertritt den alten Preußengeist. Trotzdem Adjutant Heller, der von 14-jährigen Jungen ganze Haufen bei niederträchtlichen Thaten bringt öffentliche Ansichten zum Ausdruck. Dietrich will führen mit dem Feinde, den ihm die Gottheit ins Herz gelegt. Wo hin? Und dann? Und dann? — Im ersten Bild wollen die Abgeordneten des Johanniterordens den Dichter an der Friedhofshäuser erheben. Fring Wilhelm, der sich nun für die Willen Rainmars begeistert, durchkreuzt ihre Pläne. Dichter, Fring, Ellmer reisen gen Norden. Adel und Bürgergertum, Konterpointe und republikanische Ideen kämpfen gegeneinander. Ein langes Regulier von Plänen wird aufgerollt: Ehe, Krieg, Liebe, Pazifismus, Verbrüderung, Gott, Kirche. Hartung steigt sich in der Regie als Meister. Die zwölf Bilder lauten einander. Die Szenen wechselte bei offenem Vorhang Geräusch wurde durch Musik und Volkslied überhöht. Die Bühnenspektakel war durchweg von überwältigender Wirkung. Dem Dichter Fritz Ball's lebte das Werk, sonst eine Bruchfigur, eine dämonische Erscheinung, die die Rolle gedanklich voll ausmerkte. Bonin, der preussische Junker von 80 000 Morgen Rüben und Kartoffeln, der nach der Erste Theater spielt, um Varger herumläuft, fand in Gerhard Ritter den geschaffenen Vertreter. Joseph Giel als Prinz bot eine anerkanntswürdige Leistung. Franz Schneiders Walter Dorn lebte in seinem Element. Walter Kullisch schmeckte als Heller in seinen ruffischen Ideen. Anne Reisinger Ellmer leistete mehr zur sinnlichen Liebe, als dies Fritta Brad in Beronika tun muß. Die übrigen Darsteller mögen sich mit einem Gelächel begnügen. Nach dem ersten Akt, jedes Bild umfänglich, lebte von Teil ein. Am Schluß, nach dem zweiten Akt steigerte er sich beträchtlich. Unruh, Hartung und die Hauptpersonen mählten sich wiederholt zeigen. Opposition konnte sich nicht werden da es verboten war, irgend etwas zu unternehmen, um die Vorstellung zu Heil zu bringen, eine Neuerung der hiesigen Bühne, wie ich sie nirgends erlebt. Beim Lösen der Karte mußte jedes persönlich erscheinen und ein Schriftstück unterzeichnen, daß es auf seine Weise die Vorstellung hören wolle. Scheinbar wollte man auf diese Weise Feinder des Gebotenen sammeln. Ob damit der Sache selbst gedient ist? Ob da nicht die Meinung eines jeden einzelnen erledigt werden soll? Ob das Stück sich behaupten wird, ist eine große Frage. W.

Kleine Chronik

Theater und Literatur. Wie aus Petersburg gemeldet wird, fand dort im früher kaiserlichen Alexandro-

Tägliche Wirtschaftszahlen

(in Milliarden)

1 Goldmark (nach dem amtli. Dollar-Mittelfurs)	1000
(Amtlich: 1 Dollar-Mittelfurs in Berlin am 26. November)	4 200 000 000 000 RM.)
Reichsindex (Stichtag: 19. Nov. — Zunahme 280,3%)	831
Großhandelsindex (Stichtag: 19. Nov.)	1413
Niesbadener Teuerungszahl (vom 19. Nov.)	738
Goldankaufspreis (20-Markstück)	19 267
Silberankaufspreis (1-Markstück)	400
Umrechnungssatz für Reichsteuern	1000
„ „ Gemeindeabgaben	300
Postgebühren } Fernbrief	80
„ „ } Postkarte	40
(3m Ortsverkehr: Brief 40, Postkarte 16)	
Telephon-Ortsgespräch	100
Brotpreis	470
Gaspreis (1 cbm)	210
Lichtstrom (1 Kw.St.)	580
Wasser (1 cbm)	140
Multiplikator für den Steuerermäßigungs- abzug (vom 25. Nov. bis 1. Dez.)	700 000

Schuh mit Kette oder Säckspänen aus. Man verhindert dadurch das Zusammenkrummen des Leders, auch wird die Feuchtigkeithaltigkeit herausgezogen. Zeitungspapier tut ebenfalls sehr gute Dienste, auch ganz trodrene Asche ist mit Erfolg zu verwenden. Vollkommen falsch ist es dagegen wenn man leuchtendes Schuhwerk auf den warmen Ofen stellt oder dem Feuer zu nahe bringt. Trodnet feuchtes Leder zu rasch, so bricht es bei nächster Gelegenheit, und der Stiefel ist verdorben. Will man Stiefel wasserdicht machen, so gibt es verschiedene Mittel. Auf dem Lande hat man ein höchst einfaches Verfahren. Die Stiefel werden 12 Stunden lang in Seifenlösung getaucht und sollen darnach, wie behauptet wird, vollkommen wasserdicht sein. Daß ein solches Verfahren dem Schuhwerk nicht gerade gut ist, wird jeder einsehen. Empfehlenswerter ist Wachs, das man in heißem Zustand mit Schmelzglas vermischt hat und warm auf das Leder aufräut; dadurch wird es vollkommen widerstandsfähig und undurchlässig selbst gegen Schnee. Ab und zu tränkt man noch den Schuh mit Reimöl oder Terpentin. Auf Lackstiefel darf niemals gewöhnliches Lederfett aufgetragen werden. Lackstiefel werden, so lange es irgend geht, nur mit einem weichen Wollappen abgerieben. Sind sie aber doch einmal durchnäßt worden, dann weibe man sie vorsichtig mit einem durchgeschnittenen Zwiebel ein und poliere sichtig mit einem Tuch nach. Auch Eiweiß kann man zum Einreiben des Lackes nehmen, und einige Tropfen Petroleum erhöhen bei tüchtigem Nachreiben den Glanz. Ist das Leder unansehnlich geworden, so muß es aufgearbeitet werden; man benutze Lederfett, der mit einem weichen Pinsel aufgestrichen wird und dann gründlich trodnen muß. Selbstverständlich muß der braune Schuh anders behandelt werden als der weiße, der graue anders als der goldene. Für die verschiedenen Farben gibt es die entzprechenden Fette, Lade usw. Natürlich muß die glänzende Leisterei von verschiedenen farbigen Stiefeln abgetrennt auch mehrere Bürsten, Wollappen und Wattebäusche haben. — Für gelbes Schuhwerk genügt nicht nur das käufliche gelbe Lederfett. Schwarze Fette, die sich nach einiger Zeit auf dem Leder bemerkbar machen, werden niemals durch das gelbe Fett beseitigt. Man muß zunächst ein in Vergin getauchtes Wattebäuschchen nehmen, den Fleck bearbeiten und dann erst, nachdem das Leder völlig trodnet ist, den Creme auftragen. Wieder erfolgt gründliches Nachreiben mit einer weichen Bürste oder einem Wollappen. — Atlasstühle können mit einem in Spiritus getauchten Wattebäuschchen leicht gereinigt werden. Weiße Glacéstühle, die für den Sommer vorteilhaft sind, behandelt man mit Wasser und Seife, doch muß man sie vor zu starker Durchnäßung hüten, da sonst leicht an der Hinterkante dunkle Streifen von dem darunterliegenden Leder sichtbar werden. Ein Nachreiben mit Kreide, wie man sie überall für weiße Leinwandstücke zu kaufen bekommt, macht den Schuh wie neu.

Theater die Erstaufführung des Dramas „Kanzler und Schloßer“ hat, dessen Verfasser der Bildungsminister der Sowjetrepublik Lunatschirski ist. Die Handlung geht in einem Nordland genannten Staat vor sich, der deutsch die Züge Deutschlands trägt, und zeigt den siegreichen Kampf der von dem Schloßer geführten Kommunisten gegen den kaiserlichen Kanzler und das reiche Bürgertum. Die Belehrungen der Sowjetrolle heben hervor, daß die aufstrebenden Hauptpersonen weder Kriegen noch Karikaturen zeichnerischer Verfallschleifen find, und daß die niedergehende Welt, als deren Repräsentant der Kanzler auftritt, ohne Verzerrten oder übertreiben geschildert sei. — Aus Hamburg wird gemeldet: Das Thalia-Theater in Hamburg brachte Sudermanns neues Schauspiel „Die Denkmalsweib“. Es handelt von der Frau eines verstorbenen Großindustriellen, die mit dem Toten einen übermächtigen Trauertanz treibt. Von erschauflühnen Verwandten werden ihr die Augen geöffnet darüber, daß der Tote sie einst nicht aus Liebe, sondern nur des Geldes wegen abgelaßt habe, und daß kein junger Schlingling, den sie im Hause behalten hat, kein ansehnliches Kind sei. An sich ein dankbares Motiv, theaternäßig nicht ungeschickt behandelt; aber das Ganze bleibt äußerst flach in der inneren Durchführuna. Es gab zum Schluß lautes Kläken, das mit dem Beifall der unerschütterlichen Sudermann-Berehrer kämpfte.

Bildende Kunst und Musik. Frau Lilli Lehmann, die berühmte Mezzosopranistin, von ihren Wiesbadener Gattinchen der noch in bester Erinnerung. Ist am 24. November 75 Jahre alt geworden. Seit den achtziger Jahren mit dem Kammerhänger Paul Raabich (dem bekannten ehemaligen Tenor der Wiesbadener Hofoper) verheiratet, lebt sie gegenwärtig in einer Villa im Grunewald bei Berlin. Ihre Lebenserinnerungen hat sie unter dem Titel „Mein Weg“ bereits im Jahre 1913 veröffentlicht. — Walter Gdard, Bassist am Württembergischen Landestheater in Stuttgart, vor einigen Jahren Mitglied der hiesigen Oper, ist nach erfolgreichem Gastspiel von Generalmusikdirektor Leo Wech aus Herbst 1924 an das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg verpflichtet worden.

Wissenschaft und Technik. Der französische Unterrichtsminister hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem der Frau Professor Curie vom 25. Jahrestage der Entdeckung des Radiums als Belohnung Frankreichs ein Betrag von 40 000 Franken gewährt werden soll. — Alle Zeitungen in Madrid veröffentlichen den Aufruf des internationalen Dislokationskomitees zur Unterstützung der notleidenden Geistesarbeiter Deutschlands. „Sol“ berichtet über die Sammlung eines baltischen Studentenkomitees. Das Blatt veröffentlicht ferner einen Brief eines Universitätsprofessors, der ein Tagesgehalt als Gabe anbietet und alle Kollegen zur Nachahmung auffordert.

Sperrstunde der Schriftleitung: 12 bis 1 Uhr.

